SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 15/574**
15. Wahlperiode 28. Nov. 2000

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Manfred Ritzek (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsidentin

EU-Enklave Kaliningrad

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Entwicklung einer "EU-Enklave" Kaliningrader Gebiet nach der EU-Osterweiterung der Europäischen Union grundsätzlich im bestehenden EU-Rechtsrahmen lösbar ist.

1. Kennt die Landesregierung diese Bewertung des Auswärtigen Amtes?

Ja.
Die zitierte Bewertung des Auswärtigen Amtes kann der Antwort namens der Bundesregierung in der Bundestags-Drucksache 14/4026 zur Frage 23 der Großen Anfrage der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/3424 - entnommen werden.

Die Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage liegt der Landesregierung vor.

2. Ist die Landesregierung in diese Entwicklung eingebunden?
   Wenn ja, wie?

Ja.

Die Landesregierung steht im engen Kontakt mit der Bundesregierung in Ostseeangelegenheiten.

Die zitierte Aussage des Auswärtigen Amtes ist der erste Teil der Antwort auf die konkrete Frage 23 der Großen Anfrage: "Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung insbesondere hinsichtlich der Lösung der in den Bereichen Sicherheits-, Wirtschafts- und Visapolitik auftretenden Probleme in dieser Region?".

Für diese Bereiche ist auch nach Meinung der Landesregierung die Lösung der Sorgen und Befürchtungen des Oblast Kaliningrad durch die nach der EU-Erweiterung entstehenden "Enklave-Situation" nur im europäischen Rahmen möglich.

3. Unterstützt die Landesregierung die "Eurofakultät" an der Universität Kaliningrad? Wenn ja, wie?

Ja.
Die Euro-Fakultäten sind eine Einrichtung des Ostseerates, die getragen werden durch finanzielle Beiträge der Mitgliedstaaten. An den Universitäten Riga/Lettland, Tartu/Estland (früher Dorpat) und Vilnius/Litauen leisten diese bereits seit 1993/94 wichtige Unterstützung bei der Modernisierung ihrer Lehrpläne und –methoden. Diese von der Bundesregierung finanziell unterstützten Projekte haben zum Ziel, durch den Austausch von Lehrpersonal und durch die Vermittlung moderner Inhalte sowie zeitgemäßer Lehr- und Forschungsmethoden in den Bereichen Ökonomie, Jura und Politische Wissenschaft internationale Standards zu erreichen.

Durch Beschluss des Ostseerates wurde das Euro-Fakultät-Projekt mit Beginn des Studienjahres 2000/2001 auf Kaliningrad ausgedehnt und am 20. September 2000 an der Kaliningrader Staatsuniversität eröffnet. Die Landesregierung unterstützt das Projekt Euro-Fakultät ideell. Eine beabsichtigte Beteiligung am Projekt Euro-Fakultät Kaliningrad durch die Christian-Albrechts-Universität Kiel mit konkreten Fortbildungs- und Austauschangeboten gelang leider nicht: Der umfangreichen Bewerbung der Kieler Universität, die mit der Universität Kaliningrad durch Partnerschaftsvertrag vom 3.6.1994 verbunden ist, wurde von der dänischen Projektkoordinierungsstelle die eines anderen Universitätskonsortiums, darunter u.a. Göttingen, vorgezogen.

4. Ist das 300-Jahr-Jubiläum der Krönung des ersten preußischen Königs aus Sicht der Landesregierung ein Jahr der besonderen Beziehung zu Kaliningrad? Wenn ja, wie gestaltet sie diese?

Nein.
Das Thema ”300 Jahre Preussen” war nicht Gegenstand der Besprechungen und Vereinbarungen zwischen der Landesregierung und der Partnerregion Kaliningrad über Partnerschaftsprojekte im Jahre 2001.